

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die Post bezogen und abholbar vom Postamt 0,85 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pfg. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vorsitz: Dunder).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 15 Pfg., Familienamt, 15 Pfg., Vereinsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 6.

Berlin, Mittwoch, 22. Januar 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsbüros, Auskunfts-
bureaus. — Die Wahlrechtsfrage in Preußen. — Allgemeine
Rundschau. — Tätigkeitsberichte. — Gewerkevereins-Zell. —
Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsbüros, Auskunfts- bureaus.

III.

Wenn wir die hohe Bedeutung der Arbeitersekretariate und der ihnen obliegenden Aufgaben erkannt haben, dann müssen wir auch den festen Willen haben, durch solche Einrichtungen an der Lösung der Aufgaben mitzuwirken. Besten wir diesen Willen, dann lassen sich viele, scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten viel leichter bewältigen.

Freilich müssen wir dabei auch vor zu großem Optimismus warnen. ... Drum prüfe, wer sich ewig bindet. ... Man stelle sich die Sache nicht zu einfach vor und sehe sich nicht mit leeren Worten über tatsächliche Schwierigkeiten hinweg. Ein Sekretariat, das drei oder vier Monate nach seiner Einrichtung aus Mangel an Mitteln eingeht, schadet uns. Auch die Belastung der Mitglieder darf nicht zu groß sein. Sie muß in einem annähernden Verhältnis zu den Vorteilen stehen, die das Sekretariat bringen kann. Auf Grund der Erfahrungen, die eigene oder fremde Sekretariate bisher gemacht haben, darf man sagen: Die Belastung der Mitglieder darf in der Regel 10 Pfg. pro Monat gleich 1,20 Mk. pro Jahr nicht übersteigen. Wir sagen: In der Regel, denn es sind Einzelfälle denkbar, wo sie höher sein kann. In Nürnberg zahlten z. B. die Tischler 2,40 Mk. pro Jahr. Sie hatten an dem dortigen Sekretariat ein besonderes Interesse, weil der Beamte ein Tischler sein sollte. Auch ganze Ortsverbände können unter besonderen Verhältnissen ein weitgehendes Interesse an einem Sekretariat haben und vorübergehend einen höheren Beitrag zahlen. Im allgemeinen aber sind 1,20 Mk. pro Jahr das Höchste. Damit ist uns schon eine untere Grenze angegeben für die Mitgliederzahl, die zu einem Sekretariat führen muß, wenn es lebensfähig sein soll. Nimmt man an, daß von den benötigten 2500 Mk. etwa 300 Mk. durch besondere Einnahmen gedeckt werden können, so müssen, um die übrigen 2200 Mk. durch Mitgliederbeiträge aufzubringen, mindestens 1800 zahlende Mitglieder vorhanden sein. Soll also ein Sekretariat errichtet werden, das völlig aus Mitgliederbeiträgen erhalten wird, so dem weder aus besonderen Einrichtungen (Presse, Verbandshäuser), noch von dritter Seite (siehe unten) Zuschüsse fließen, so ist die Mitgliederzahl von 1800 das Minimum; darunter darf nicht gegangen werden.

Nun halten wir freilich dafür, daß wir die Sekretariate nicht unbedingt allein zu errichten brauchen. Schon im vorigen Aufsatze wiesen wir darauf hin, wie die Sozialdemokraten darin viel weniger engberzig sind als wir. Von den 248 319 Mk. Gesamteinnahmen der sozialdemokratischen Sekretariate flossen 13 457 Mk. von Parteiorganisationen oder Gewerkschaften und 5330 Mk. aus Staats- und Gemeindegeldern. Das bedeutet, daß fast der größte Teil der Einnahmen von dritter Seite kommt. Aus Staats- oder Gemeindegeldern erhalten die sozialdemokratischen Arbeitersekretariate in Barm-Beilngems: 1100 Mk. von den Gemeinden Barm, Heppens und Neudorf; Koburg: 1500 Mk. vom Staat, 700 Mk. von der Stadt Koburg; Götting: 2000 Mk. vom Staat. Von sozialdemokratischen Vereinen usw. werden unterstützt die Sekretariate in Bremerhaven, Freiburg i. Br., Hannover, Karlsruhe, Kattowitz, Siegen, Mannheim, Nürnberg, Solingen, St. Johann-Mallatzt-Burbach, Slettau, Strassburg, Wunstedel. (Siehe Korrespondenzblatt der Generalkommission Nr. 26 vom 29. Juni 1907.) Ja, wie wenig strupplos

die „Genossen“ sind, wenn es gilt, Geldmittel anderer sich zunutze zu machen, lehrt das Arbeitersekretariat Jena. Daselbst wurde etwa 1899 errichtet von dem Verleger des freisinnigen „Jenaeer Volksblatt“. Er unterstellte es einer aus Arbeitern bestehenden Kontrollkommission, in die sowohl die sozialdemokratischen Gewerkschaften als auch die Gewerkevereine ihre Vertreter entsandten. Trotzdem haben die „Genossen“ durch all die Jahre hindurch das Sekretariat als „Ihr“ Sekretariat bezeichnet, und in allen sozialdemokratischen Zeitschriften wird mit ihm renommier. Die Gewerkevereine aber haben sich in ihrer „Meber“-Bescheidenheit im Hintergrunde gehalten und getan, als ginge sie die Sache nichts an. Genau so machen die „Genossen“ es übrigens auch mit den obengenannten Arbeitersekretariaten, die aus Staats- oder Gemeindegeldern unterstützt werden.

Auch die Christlichen denken: Nur die Lumpen sind bescheiden und nehmen, was sie bekommen können. Sämtliche katholischen Arbeitersekretariate und Volksbureaus sind Agitationsanstalten für die christlichen Gewerkschaften, und größtenteils fungieren christliche Gewerkschaften als Arbeitersekretäre. Zu den Kosten steuern aber die christlichen Gewerkschaften keinen Pfennig bei. Die werden getragen von den katholischen Arbeitervereinen, von dem katholischen Volksverein und von reichen Zentrumsleuten. Schon in Nr. 91 des „Gewerkevereins“ vom 16. November vorigen Jahres ätzten wir eine Aeußerung des Zentrumsführers Dr. Abs in Bonn, der erklärt hatte, die Kosten des dortigen katholischen Arbeitersekretariats würden zu „namhaftem Teile von hervorragenden Katholiken getragen“. Auch christlich-soziale Blätter errichten öfter Arbeitersekretariate und stellen einen christlichen Gewerkschaftler als Sekretär an.

Auch unsere Sekretariate können daher Zuschüsse annehmen, wie man sie auch von anderer Seite einstreicht. Wo irgend eine Konsumgenossenschaft oder eine Stadtgemeinde sich an der Errichtung und Unterhaltung eines Arbeitersekretariats beteiligen will, warum soll man sie abweisen? Warum sollen nicht auch wir an Zeitungen herantreten können, damit diese ein Arbeitersekretariat errichten und als Arbeitersekretär einen Gewerkevereiner anstellen? Oder, warum sollen wir nicht da, wo unsere eigenen Mittel nicht ausreichen, an andere Vereinigungen z. B. Stadtgemeinden oder Freunde herantreten und diese zur Errichtung oder Mitwirkung bei der Errichtung eines Arbeitersekretariats veranlassen?

Bisher gingen wir stillschweigend von der Voraussetzung aus, daß die Sekretariate für einen Ort mit seiner näheren Umgebung errichtet und erhalten werden. Das wird auch in der Regel so bleiben müssen, weil die Vorteile eines Sekretariats nur in diesem lokalen Rahmen voll zur Geltung kommen. Aber es gibt Fälle, wo man über einen solchen engeren Bezirk hinausgreifen kann und muß. Wenn es sich um Bezirke handelt, in denen wir vorerst noch wenig Mitglieder haben, wo es also dem einzelnen Dr. nicht möglich ist, ein Arbeitersekretariat zu errichten, da kann und sollte man unseres Erachtens mit der Errichtung von Sekretariaten für größere Bezirke vorgehen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben z. B. ein Sekretariat für das ganze Sauer- und Siegerland in Westfalen errichtet, also für einen Bezirk, der mehr als 10 Stunden Weges im Durchmesser hat. Der Sekretär hält abwechselnd in jeder Woche an drei verschiedenen Stellen des Bezirks feste Sprechstunden ab. Im Ruhrbezirk sind von den Bergarbeiterverbänden, die ihren Mitgliedern statutengemäß Rechtsschutz auch in kleinen Sachen erteilen, eigene Beamte angestellt, die im Umherziehen durchsichtlich in jedem Monat an 30—40 Orten Rechtsschutz erteilen. Die Sprechstunden dazu sind festgelegt regelmäßig und durch Plakate bekannt gemacht. Das vom Verband der Deutschen Gewerkevereine nennerrichtete Arbeitersekretariat für das Saarrevier ist auch ein Bezirkssekretariat und wird auch

regelmäßige Sprechstunden in den einzelnen Teilen des Bezirks einführen müssen. Württemberg wird vermutlich ebenfalls in absehbarer Zeit einen solchen Beamten anstellen. Regelmäßige Auskunftsverteilung in den einzelnen Orten ist oft wichtiger als von Zeit zu Zeit große öffentliche Versammlungen abzuhalten, obwohl man auch diese nicht entbehren kann.

Bei einem Bezirksarbeitersekretariat dieser Art tritt dann die öffentliche Agitation mehr in die Erscheinung als bei einem lokalen Arbeitersekretariat. Und dementsprechend tritt die Auskunftsverteilung etwas zurück. Es leuchtet auch ein, daß ein Bezirksarbeitersekretariat mehr Kosten verursacht, die eben durch seine erhöhten agitativen Aufgaben, durch Versammlungen, Fahrgeelder usw. entstehen. Die Ausgaben betragen da mindestens 3500—4000 Mk. Das bedeutet: man wird mindestens 8000 Mitglieder zu einem solchen Sekretariat zusammenfassen müssen. Der geschäftsführende Ausschuss ist bereit, solchen Grübelungen seine Unterstützung durch Rat und Tat zu leisten. Finanzielle Leistungen kann er dabei nur in dem Rahmen machen, den ihm der Verbandstag durch nachstehenden Beschluß für alle Arbeitersekretariate vorschrieb. Der Beschluß (Seite 233 des Protokolls vom Berliner Verbandstag 1907) lautet: Den bisher bestehenden und noch zu gründenden Arbeitersekretariaten ist eine einmalige Unterstützung von 200 Mk. zu zahlen, wenn durch genügende finanzielle Unterlagen das Bestehen garantiert ist.

Wir möchten den Kollegen in Pommern, in Ost- und Westpreußen, in Ober- und Niederschlesien, im Königreich Sachsen, in Württemberg, in Baden, im Sauer- und Siegerland und in Nordwestdeutschland empfehlen, sich darüber klar zu werden, ob sie nicht auf diese Art einen tüchtigen Schritt zur Behebung ihrer Agitation tun wollen und können. Ein solches Bezirksarbeitersekretariat wird sich an den wichtigsten Orten je einen tüchtigen Kollegen als Vertrauensmann anstellen, der in kleineren Sachen selbständig Auskünfte erteilt, bei wichtigeren Sachen aber, denen er selbst nicht gewachsen ist, die Nachfrage beim Bezirksarbeitersekretär in die Hand nimmt.

Die Wahlrechtsfrage in Preußen.

III.

Vom Zentrum sprach der Abg. Dr. Forst. Seine Rede war nur kurz und nahm Bezug auf frühere Erklärungen des Zentrums.

Dr. Forst, Abgeordn. (Zentr.): Die Zentrumsfraktion dieses Hauses hat als erste in diesem Hause im Jahre 1873 die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen verlangt und hat diesen Standpunkt seitdem unentwegt festgehalten. In Wahrung dieses Standpunktes werden wir also für Nr. 1 des uns beschäftigenden Antrages stimmen. Die Zentrumsfraktion — nicht bloß dieses Hauses, sondern die Zentrumsfraktion auch des Reichstages — hat in gleicher Weise stets daran festgehalten, daß die politische Bevölkerungszahl nicht zur ständigen wechselnden Grundlage der Einteilung der Wahlkreise gemacht haben will, und von diesem grundsätzlichen Standpunkte aus werden wir deshalb auch heute Nr. 2 des freisinnigen Antrages ablehnen.

Von diesem Standpunkt, den wir auch heute noch festhalten, kann ich die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten nur auf das lebhafteste bedauern, und ich spreche dieses Bedauern aus trotz der lärmenden Szenen, die sich vor unserem Hause bedauerlicherweise abgepielt haben, und die sich vielleicht noch abspielen, die nach meinem Dafürhalten nicht geeignet sind, die Stellungnahme in dieser Frage zu erleichtern, sondern nur, sie zu erschweren. (Sehr richtig! im Zentrum)

Obgleich bedauere ich die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten; denn wir haben uns nie durch irgendwelchen Lärm irre machen lassen, den Weg zu verfolgen, den wir für den rechten halten. So soll dies auch jetzt geschehen. Ich bedauere besonders lebhaft, daß die Einführung der geheimen Abstimmung nicht wenigstens uns in Aussicht gestellt worden ist; denn die geheime Abstimmung dient nicht

bloß dazu, die freie Stimmabgabe nach oben zu sichern, sondern auch dazu, sie nach unten zu sichern, (sehr richtig! im Zentrum) und ich glaube von Tag zu Tag dürfte es notwendiger werden, auch hier eine Sicherung der freien Stimmabgabe herbeizuführen. (Sehr richtig! im Zentrum)

Die Nationalliberalen ließen durch den Abg. Dr. Krause sagen, daß sie die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus ablehnen. Im Gegensatz zum Zentrum wollten sie aber der Nr. 2 des freisinnigen Antrages auf Neueinteilung der Wahlkreise zustimmen. Das Dreiklassenwahlrecht wollen sie beseitigen durch Einführung des Mehrstimmenwahlrechts (Pluralwahlrecht).

Dr. Krause (Königsberg), Abgeordneter (nat.-lib.): Nun komme ich zur Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Ich kann mich da wohl ganz kurz fassen, da ich das Wesentliche bereits vorausgesagt habe. Der Herr Abgeordnete Träger hat auf die Stellungnahme der Nationalliberalen im Jahre 1867 hingewiesen; ich habe diese Keuerungen augenblicklich nicht zur Hand, bezweifle aber nicht, daß sie richtig zitiert worden sind. Wir, meine politischen Freunde hier im Abgeordnetenhaus — darauf kommt es doch in der Gegenwart allein an —

(sehr richtig! bei den Nationalliberalen) sind vollkommen einig darin, daß wir die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nicht ablehnender wollen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen. — Bravo rechts)

Sie werden mir zugeben, meine Herren, wenn wir ja auch alle — jeder einzelne im Deutschen Vaterlande — zu dem Volke der Dichter und Denker gehören, daß doch der eine in seinem Interesse und in seiner Leistungsfähigkeit für den Staat nicht dasselbe bedeutet wie der andere;

(sehr richtig! und Heiterkeit) ja, es soll Individuen geben, die gar nicht den Willen haben, dem Staat zu dienen, auch kein können haben, dem Staate zu dienen. Ist es dann von dem Gesichtspunkte aus, daß dem Staat gebietet werden soll, richtig, diesem Mann ein gleiches Wahlrecht zu geben wie vielleicht einem Fürsten Bismarck? Meine Herren, das läßt sich nicht recht fertigen. Natürlich in bezug auf die Ausgestaltung kann man nicht soweit gehen, daß man jeden auf Herz und Niere darauf untersucht, was er für den Staat leistet; das ist natürlich ein Unbding. Im großen und ganzen liegt in der dargelegten Auffassung der Kern dessen, was wir vorschlagen, und worauf ja unserer großen Freude und Genugtuung die Königlich Staatsregierung hinzuwirken scheint, nämlich der Gesichtspunkt des Mehrstimmenrechts. Da wird nach großen Gruppen, Kategorien, im allgemeinen vermutet, daß die Zugehörigkeit zu einer Gruppe ein größeres Interesse am Staate, eine größere Leistungsfähigkeit usw. für den Staat bedeutet. Sie sind ja genannt worden; es wären etwa Alter, Besitz, Einkommen, Familienstand, Bildung und was da noch in Frage kommen könnte. Das nicht jeder, der etwa das Schwabenalter erreicht hat, deshalb klüger zu sein braudt als einer, der 25 Jahre alt ist, das versteht sich ja von selbst. Aber wir sind gebunden an den Boden der Erde, müssen auf dem Boden der Erde stehen bleiben, und man kann daher nur von möglichst allgemeinen Wahrscheinlichkeiten ausgehen. Meine Herren, das ist das Prinzip des Mehrstimmenrechts, das meines Erachtens ganz gesund ist.

Von den Freisinnigen sprach Johann Abg. Fischbeck, der sein volles Einverständnis mit den Ausführungen Trägers zum Ausdruck brachte und hauptsächlich beklagte, daß die Erklärung des Ministerpräsidenten nicht einmal die geheime Wahl zugestanden habe.

Fischbeck, Abgeordneter (freis. V. P.): ... Herr Wallkewitz hat gemeint, dieses Wahlrecht sei ein „wohlgefügtes Gebilde“, und er hat weiter gemeint, die Linie hätte es sich überlegen sollen, ob sie gerade angeht für die Blocpolitik im Reich hier in Preußen jetzt mit einem solchen Antrag kommen dürfte. Das ist nicht ein Originalgedanke des Herrn Wallkewitz, die „Kreuzzeitung“ hat ja etwas Ähnliches in den letzten Tagen geschrieben. Wunderbar, zunächst hat die „Kreuzzeitung“ immer gesagt, die ganze Blocpolitik gehe das preussische Abgeordnetenhaus gar nichts an, und jetzt wendet sich mit einem Male das Blatt, und namens der Blocpolitik verlangt die „Kreuzzeitung“ von uns, daß wir auf diesem Gebiete unsere Forderungen juristisch stellen, von denen wir glauben, daß wir sie im Interesse des Landes erheben. Nein, wenn das die Wirkung der Blocpolitik ist, wenn das die Bedingung ist, unter der wir an ihr mitarbeiten, daß es uns verjagt wird, auf diesem Gebiete den gerechtfertigten Wünschen unserer Wähler nachzukommen und solche Anträge zu stellen, dann danken wir heute eher wie morgen für die Blocpolitik. (Bravo! bei den Freisinnigen)

Wenn man eine Prämie aussetzt auf ein Wahlrecht, wie es nicht sein soll, dann ist es unbedingt dieses preussische Wahlrecht, wie wir es haben, (ob, ob! rechts)

auf das die Prämie entfällt. Man hat früher und in der Presse mit Recht darauf hingewiesen, dieses Wahlrecht gleiche dem Bekannten Wille, das man vielfach in Bauernkreisen findet, dem Wille eines Pferdes, auf dem sämtliche Pferdekräften eingetragen sind, die es gibt. (Heiterkeit)

Was es nur an Bekehrtheiten und Unrichtigkeiten des Systems auf dem Gebiete des Wahlrechts geben kann, das ist zusammengetragen in diesem reaktionären, dem preussischen Staate ottroyierten Wahlrecht.

Auf das Verlangen der Abg. Fischbeck und Dr. Krause erklärte Herr v. Hilow, daß er dringend wünsche, daß die Regierungsorgane sich jeder Wahlbeeinflussung enthalten.

Für die freikonservativen erklärte Abg. Frhr. v. Zebly und Neufirk, daß seine Partei an der von der Regierung für die nächste Legislaturperiode in Aussicht gestellten Vorlage mitarbeiten werde.

Frhr. v. Zebly und Neufirk, Abgeordneter (freikonservativ): ... Aber wir lehnen mit derselben Entschiedenheit wie die Staatsregierung, wie die Konservativen, wie die Nationalliberalen, wie die große Mehrheit dieses Hauses auch überhaupt den Gedanken eines Eingehens auf das Reichswahlrecht vollständig ab. Wir würden die Einführung des Reichswahlrechts mit der historischen Entwicklung, mit der Eigenart und mit dem deutschen Beruf des preussischen Staates für völlig unvereinbar erachten. ... Wenn also die Sozialdemokratie heute nicht im Hause vertreten ist, so ist es lediglich deshalb, weil sie für das Proletariat eine einseitige Klassenherrschaft beanprucht, (sehr richtig!)

well sie sich in einen absoluten Gegensatz zu allen übrigen Teilen der Bevölkerung stellt, und weil sie jede Verfassungskompromiß mit allen bürgerlichen Parteien abgelehnt hat. (Sehr richtig!)

Deshalb eine Aenderung eintreten zu lassen, um dem Proletariat die Bahnen zu der erstrebten Meinherrschaft zu ebnen, wäre Verrat am preussischen Vaterlande. (Beifall)

Die Polen ließen durch den Abg. Korsantj erklären, daß sie für den freisinnigen Antrag stimmen würden. Die Rede wurde so oft durch stürmische Zwischenrufe unterbrochen, daß eine einheitliche Gedankenfolge kaum zum Ausdruck kommen konnte. Die Schlussrede hielt der

Abg. Dr. Wahnisch. ... Nun, meine Herren, unser Antrag wird abgelehnt worden; das vorausgesetzt, dazu achte ich keine besondere Prophetie an. Aber wenn auch die Mehrheit heute die Reform zurückweist, sie kann das nicht immer tun; einmal wird sich auch die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses dem Reichsbewußtsein der Gegenwart beugen müssen. Wenn ich mich auf dieses Reichsbewußtsein berufe, so meine ich damit selbstverständlich nicht etwa die Sozialdemokratie. Meine Herren, ich hätte gern gewünscht, daß die Sozialdemokratie den Einfluß, den sie ja auf solche Dinge hat, dahin ausgenützt hätte, daß derartige Randgebungen vermieden worden wären. Wer auf die Straße herabsteigt, der schädigt die Sache, der er nützen will; er erschwert das Vornahmsdiktieren und gibt den Gegnern nur Gründe oder Vorwände, sich von der Sache zurückzuziehen. (Sehr richtig! links)

Das hätte man bedenken sollen. — Wohl aber berufe ich mich auf diejenigen Verhandlungen, die in ruhiger Form in der Öffentlichkeit während der letzten Zeit geführt worden sind; ich berufe mich auf die wachsende Menge von Schriften, welche alle das Gefühl zum Ausdruck bringen: so, wie es ist, kann es nicht bleiben. Durch die ganze Kulturwelt geht ein demokratischer Zug, und Preußen kann sich nicht ausschließen. (Lachen rechts)

Wenden Sie doch herum, sehen Sie sich die Auslandsstaaten an, die mit uns vergleichbar sind, weil sie auf ähnlicher Wirtschaftsbasis stehen. Da ist fast überall dem ganzen Volke eine Mitbeteiligung gewährt; und Preußen sollte allein sich isolieren, sollte allein zurückbleiben, wo alles fortschreitet? Zuletzt halten Sie die freihetliche Entwicklung, die sich langsam vielleicht, aber mit Naturgewalt vollzieht, nicht auf. (Lachen rechts)

Das bleibt unsere Ueberzeugung. In dieser Ueberzeugung arbeiten wir — (Steigende Anruhe rechts — Glocke des Präsidenten)

Präsident v. Arndt: Meine Herren, ich bitte um etwas Ruhe für den Redner. (Rufe rechts: Schluss!)

Dr. Wahnisch, Abgeordneter (freis. Ver.) (fortfahrend): In dieser Ueberzeugung arbeiten wir weiter und glauben, damit dem Staatsinteresse besser zu dienen, als wenn wir den anderen Standpunkt einnahmen. Meine Herren, wir würden, wenn wir vorwärts lämen, von Preußen den Ruf der Rückständigkeit nehmen, unter dem es heute leidet. (Lachen rechts. Auf rechts: „Berliner Tageblatt!“)

Der Herr Abgeordnete Krause hat an uns die Mahnung gerichtet, abzulassen, weil wir zurzeit das Ziel, das wir uns setzen, doch nicht erreichen können. Meine Herren, dieser Mahnung können wir nicht folgen. Wir blicken über den Tag hinaus, und was in der Gegenwart nicht zu erreichen ist, das erhoffen wir von der Zukunft. So bleiben wir bemüht, wenn zunächst nicht alles, so doch in absehbarer Zeit so viel wie möglich zu erreichen. (Bravo! bei den Freisinnigen)

Wir haben diese Verhandlungen so ausführlich wiedergegeben, um unseren Lesern bei der Wichtigkeit des Gegenstandes ein möglichst klares Bild über die Stellung der verschiedenen politischen Parteien zur Wahlrechtsreform in Preußen zu liefern. Ueberaus niederdrückend und beschämend zugleich ist das Gefühl, daß die Zahl der Anhänger einer gründlichen Wahlrechtsänderung im preussischen Abgeordnetenhaus so gering ist. Von Rückständigkeit und Schwäche zeugt die Haltung der preussischen Regierung, die aus

Rücksicht auf das Junkertum nicht die geringsten Zugeständnisse an eine zeitgemäße Reform zu machen wagt.

Vorläufig hat jetzt die Aktion ihr Ende erreicht; auch die größten StraßenDemonstrationen können daran nichts ändern. Trotzdem dauert der Kampf um das Reichstagswahlrecht für Preußen fort. Die gesamte Arbeiterchaft ist durchdrungen von dem Streben nach Gleichberechtigung. Einen Teil dieser Gleichberechtigung kann das Reichstagswahlrecht für die Einzelanträge gewähren, und daraus ergibt sich für jeden denkenden Arbeiter die Verpflichtung, inwiefern in seinen Kräften steht, an der Erreichung dieses Zieles mitzuwirken. In seinem politischen Interesse muß er bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Notwendigkeit der Reform des preussischen Wahlrechts hinweisen, um die Vorwärtsdrängenden zu ermuntern, die Forderungen anzufachen. Der Ruf nach dem Reichstagswahlrecht in Preußen wird nicht verstummen, und schließlich wird er Gehör finden

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 21. Januar 1908.

Die reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens verlangen übereinstimmend drei Interpretationen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Die zwei Eigungen den Reichstag beschäftigt haben. Anlaß zu den Interpellationen gaben die Vorgänge, die zur Ablehnung des Knappschaftsstatuts und zur Einführung des Zwangsstatuts im Ruhrrevier führten. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg bedauerte diese Vorgänge, hofft aber, daß es doch nachträglich noch zu einer Einigung kommen wird. Im übrigen war der langen Rede kurzer Sinn, daß er die reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens rundweg ablehnte. Die Redner aus dem Hause stellten sich dagegen fast alle auf dem Standpunkt, daß allein ein Reichsberggesetz imstande sei, einheitliche und befriedigende Verhältnisse zu schaffen. Nur ein Konservativer wollte davon nichts wissen. Räumte es zu einer Abstimmung, dann stände im Prinzip ein Reichsberggesetz im Reichstag etwa 330 Stimmen, das heißt, wenn das Haus voll besetzt wäre. Bei diesen Beratungen war das nämlich nicht der Fall. Vor fast völlig leeren Häusern wurden die Reden gehalten; selbst von den großen Parteien waren zeitweise nur zwei oder drei Mitglieder anwesend. Der Bedeutung der Sache und der Würde der Volksvertretung entspricht das keineswegs. Und dann noch eines! Im Interesse der Bergarbeiter hätte es sicher gelegen, wenn die nahezu völlige Einmütigkeit, auf reichsgesetzlichem Wege die Regelung des Knappschaftswesens herbeizuführen, nicht mit einem häßlichen Mißafford geschloßen hätte. Die Vertreter der Sozialdemokratie und des Zentrums gefielen sich jedoch leider darin, sich gegenseitig ihre Sünden vorzuwerfen und die eigenen Verdienste herborzuheben. Dadurch artete die bis dahin sachliche Debatte in ein durcheinander ungeschicktes Gezänk aus, womit den Arbeitern nichts genügt, der gute Eindruck der Debatte aber verwischt wird.

Ein überaus schwerer Verlust hat den Gewerkeverband der Deutschen Bergarbeiter und den Verband der Deutschen Gewerkevereine betroffen.

Bernhard Hammacher,

der Redakteur des „Bergarbeiter“, ist am Sonntag, 54 Jahre alt, an einer Lungenentzündung gestorben. Was Hammacher für die Gesamtorganisation bedeutete, das zeigt am deutlichsten die Geschichte des Gewerkevereins der Bergarbeiter selbst. In der Konfliktperiode Mitte der 90er Jahre war er es, der den Sonderbestrebungen einzelner unzufriedener Elemente mit Entschiedenheit entgegentrat und nach erfolgter Spaltung des damaligen Gewerkevereins der Berg- und Grubenarbeiter treu zur Fahne unseres Verbandes hielt. Er wurde Generalsekretär des neuen Gewerkevereins der Deutschen Bergarbeiter und später, als der „Bergarbeiter“ wöchentlich erschien, Redakteur desselben.

Der Verstorbenen war ein Mann von festem Charakter und unerschütterlicher Ueberzeugungstreue, der von den Grundfragen der Deutschen Gewerkevereine tief durchdrungen war. Gerade deswegen aber erzeute er sich auch bei seinen wirtschaftlichen Gegnern größter Anerkennung und Wertschätzung, wofür der beste Beweis seine Tätigkeit als Mitglied der Siebener-Kommission der Bergleute ist, der er seit ihrer Einsetzung angehörte.

Wenn die besten Vorkämpfer unserer Ideen genannt werden, dann wird auch der Name Bernhard Hammacher nicht fehlen. Sein Andenken wird stets von uns geehrt werden, ihm nachzueifern jeder Gewerkevereiner bemüht sein.

Der unserem Verbands angeschlossene Bierbrauergesellen-Verein zu Berlin hat einen schweren Verlust erlitten. Sein Schriftführer

Isidor Lamla

ist am 8. Januar gestorben. Der Tod dieses modernen Kämpfers erweckt auch in uns tiefes Mitgefühl. Unsere Gesamtorganisation verliert in dem Verbliebenen einen begabtesten Anhänger und treuen Beförderer der Gewerksvereine. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Mit gelben Gewerkschaften soll nun auch der Bergbau beglückt werden. Dagegen schon verschiedene Versuche fehlgeschlagen sind, wird jetzt mit erneueter und verstärkter Eifer die Gründung gelber Vereine betrieben. Wenn die vom „Vorwärts“ gemachten Mitteilungen zutreffen, ist man namentlich auf der „Gute Hoffnungshütte“ bei Sterkrade eifrig darauf bedacht, die Arbeiter zur Verzichtleistung auf ihr Koalitionsrecht zu bewegen. Nachdem die Vergleiche es vorgezogen haben, einer Versammlung fernzubleiben, in der die Gründung einer gelben Gewerkschaft erfolgen sollte, haben einige Steiger selbst die Sache in die Hand genommen und lassen in ihren Abteilungen Listen zirkulieren, in die sich die Arbeiter „freiwillig“ einschreiben sollen. Ein Komitee, das die Gründung des Vereins betreibt, hat sich bereits an die Direktion der Hütte um eine einmalige Zuwendung von 10000 Mk. gewandt. Ob es diese Summe auch erhalten hat, wissen wir nicht. Es braucht aber kaum daran gewweifelt zu werden, da die Herren Unternehmer es sich gern etwas kosten lassen, wenn es gilt, der Arbeiterbewegung Knäuel zwischen die Beine zu werfen. Die Arbeiter auf der Hütte selbst bringen allem Anschein nach diesen Gründungsbestrebungen erfreulicherweise kein Interesse entgegen. Hoffentlich beharren sie auf diesem vernünftigen Standpunkt und lassen sich durch die Sirenenorgänge der Streiger nicht fangen. Denn wer sich einer gelben Organisation anschließt, der läßt nicht nur Verrat an der Arbeiterschaft, er schädigt auch sich selbst und seine Familie auf das Schwerste, da er die Mittel leistungsfähig preisgibt, durch die allein er eine Besserung seiner wirtschaftlichen Lage herbeiführen kann.

Arbeiterbewegung. Die sächsisch-thüringischen Fabrikarbeiter haben eine 5prozentige Lohnerhöhung und die Freigabe des Nachmittags von Sonn- und Festtagen zu fordern beschloffen. Der Arbeitgeberverband hat darauf geantwortet, daß er mit Rücksicht auf die ungünstige Konjunktur zurzeit nichts bewilligen könne. — Auf den von den Leipziger Maschinenisten und Heizeren am runden 700 Arbeitgeber versandten Tarifensuruf ist nur eine verschwindend kleine Anzahl von Antworten eingelaufen. Infolgedessen erhielt die zu diesem Zwecke eingesetzte Kommission den Auftrag, mit den Unternehmerorganisationen zur Schaffung von Spezialtarifen in Verbindung zu treten. — Während bei der Firma Welf in Pflungstadt die Lohnbewegung der Zigarrrenmacher ergebnislos für die Arbeiter verlaufen ist, wurden in Oberrotendorf die Forderungen der Arbeiter ohne Kampf bewilligt.

Der Streik der Maschinisten und Matrosen in Spalato ist beigelegt und die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

Ein doppelter Mißfall. Vor dem Schöffengericht in Stettin hatte sich am vergangenen Sonnabend der Kollege Gleichauf als Redakteur des „Regulator“ auf zwei Anklagen zu verantworten, die Beamte des deutschen Metallarbeiterverbandes gegen ihn angestrengt hatten. In der ersten Sache war Kläger der Bezirksleiter Junger, dem im „Regulator“ vorgeworfen worden war, er habe in Polen mit den Unternehmern ein Abkommen zur Verhinderung von Streiks getroffen. Ferner wurde gesagt — wir folgen hier genau dem Bericht, den der „Vorwärts“ gibt — Junger habe den dortigen Streik untertraulichen Verhältnissen abgewirkt. Außerdem wurde mit Bezug auf P. von „Gefinnungslumperei in höchster Potenz“ gesprochen, auch sollte er sich von den Ausdrücken „Schwindler“ und „Lügner“ den daffinsten ausuchen.

In dieser Sache wurde Gleichauf freigesprochen. Die zweite Klage richtete sich gegen denselben und den Agitationsleiter der Maschinbauern, Kollegen Wolf in Stettin, weil dieser in einem Artikel des von Gleichauf verantwortlichen gezeichneten „Regulator“ den Gleuleitern des Metallarbeiterverbandes Rodriak und Falkenberg-Stettin und Alex-Hamburg nachgesagt hatte, sie hätten beim Streik in Bismar eine „Spitzbubenart“ verfolgt. Auch in diesem Falle erfolgte Freisprechung der Angeklagten, und die „Gewossen“, die plötzlich ein so un-

geheures Vertrauen zur „Klassenjustiz“ bekommen haben, wollen nun ihr Feil in der höheren Instanz versuchen. Wohl bekommen es ihnen!

Bezeichnend ist übrigens die Lieberschrift, die der „Vorwärts“ seinem diebgehligen Berichte gibt. Sie lautet: „Pressfreiheit für die Fische!“ Offenbar tritt das sozialdemokratische Zentralorgan nur für die Pressfreiheit — oft paßt besser der Ausdruck „Pressfreiheit“ — der „freien“ Gewerkschaften ein. Denn daß diese davon den ausgiebigsten Gebrauch machen, ist Tatsache. Von der Pressfreiheit überhaupt scheinen die „Genossen“ nichts wissen zu wollen. Am liebsten legen sie jedem gegnerischen Redakteur einen Maulkorb um. Eine andere Erklärung für die von jener Seite angestregten Verleumdungsklagen haben wir jedenfalls nicht.

Einen schweren Vorwurf gegen den Vorsitzenden des Zentralverbandes Hübisch erhebt die „Einigkeit“, das Organ der sozialistischen Gewerkschaften. Der Genannte soll in einer großen Weberversammlung am 21. Dezember in Breslau die überwachenden Polizeibeamten aufgefordert haben, die Versammlung anzulösen, während „Genosse“ Hübisch das Gegenteil gesagt zu haben behauptet. Dieser Behauptung gegenüber erklärt die „Einigkeit“ in ihrer letzten Nummer:

„Herr Hübisch kann uns mit seiner unerschämten Lüge im „Zentralarbeiter“ aber nicht veranlassen, unsere Behauptung zurückzunehmen. Wir sagen hiermit nochmals:

Herr Hübisch hat die Polizeibeamten aufgefordert, die Versammlung aufzulösen mit den Worten:

„Das Beste ist, Sie lösen die Versammlung auf, sonst kommt es noch zum Sturm!“

Nun mag Herr Hübisch weiter dementieren, wir halten unsere Darstellung aufrecht.“

Wenn diese Behauptungen der „Einigkeit“ richtig sind, dann heißt parlamentarische Ausdrücke, um das Verhalten jenes Arbeiterführers gebührend zu brandmarken. Ein „moderner“ Gewerkschaftsführer im Bunde mit der Polizei gegen ausgeperrte Arbeiter, das wäre wirklich der Gipfel der Ironie und der Niederträchtigkeit.

Landwirtschaftliche Schwarzmacher. Die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus über das Arbeitsverhältnis der ländlichen Arbeiter und die Stellungnahme des preussischen Landwirtschaftsministers scheint die Agrarier in große Unruhe versetzt zu haben. Nach der rheinisch-westfälischen Landwirtschaftskammer beabsichtigt auch die schlesische Kammer dazu Stellung zu nehmen. Der Kammerpräsident hat für die nächste Sitzung einen Antrag vorgelegt, alle Bestimmungen auf Ausdehnung des Koalitionsrechtes auf ländliche Arbeiter und Diensthöfen nachdrücklich abzuwehren, weil darin eine unabsehbare Schädigung der Landwirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft erblickt werden müsse.

Es wäre zwecklos, wenn wir über diese Dinge diskutieren wollten. Für uns steht es fest, daß die Zeit nicht mehr fern liegt, wo die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse über diese veralteten Anschauungen zur Tagesordnung übergeht und den landwirtschaftlichen Arbeitern dasselbe Recht zuteil wird, das die gewerblichen Arbeiter besitzen.

Verein für Volksunterhaltungen. Die 362. Veranstaltung findet am Sonntag, den 26. Januar, abends 7 Uhr, in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Dortheenstr. 13/14, statt. Es werden mitwirken: Fräulein Sophie Molenaar (Gesang), Herr P. Arlberg (Gesang), Fräulein Jeanne Robert (Regitation), Fräulein Käthe von Melzl (Violine).

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.

Ortsverband Stettin und Umgegend. Das Jahr 1907 war für uns ein Jahr reger Arbeit. Nicht immer aber fand diese Arbeit den entsprechenden Lohn, was uns jedoch nicht entmutigt hat. Wir sind überzeugt, daß die Erkenntnis in der Arbeiterschaft zunimmt, daß nur durch den Zusammenfluß der Arbeiter in neutralen Gewerksvereinen die Zustände gebessert werden können. In alle Richtorgansiferen muß daher immer wieder der Ruf geschickt werden, in die Reihen der unabhängigen Gewerksvereine einzutreten.

Unser Ortsverband begann seine Tätigkeit gleich am 6. Januar mit einer öffentlichen Gewerksvereinsversammlung. Dieser ersten sind dann 4 weitere außerordentliche und 4 ordentliche Ortsverbandsversammlungen gefolgt. Außerdem haben 5 Vertreter, 7 kombinierte und 10 Bureau-Sitzungen stattgefunden. Unter anderem ist es dem Ortsverband gelungen, zwei neue Ortsvereine zu gründen, den Ortsverein der Maschinbau- und Metallarbeiter Pommerensdorf und den Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter Eydowsau, welche letzterer sich leider wieder aufgelöst hat. Außerdem ist der Ortsverein der Kaufleute Stettin V zum Ortsverband neu hinzugegetreten.

Auch an Streiks und Aussperrungen hat es uns nicht gefehlt. Zuerst brach ein kleinerer Streik in der Stern-Zement-Fabrik Zintenwalde aus, und dann kam die Raffin-

aussperrung in der Konfektionsbranche. An Vorträgen haben es der Kollege Wolf und auch Zentralratsbeamte nicht fehlen lassen, wofür wir unsern Dank nochmals aussprechen. Es ist auch Stellung genommen worden gegen das Offenhalten der Schaufenster an Sonn- und Festtagen und zu der Wahl der Beisitzer zum Kaufmannsgericht. Außerdem ist eine Eingabe an den Magistrat gerichtet worden, bei der Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht das Proportionalwahlssystem einzuführen. Darauf ist bis jetzt jedoch noch keine Antwort erfolgt. An Vergnügungen haben wir ein Stiftungsfest, ein Agitationsfest und eine Nachfeier derselben zu verzeichnen. Während zum Agitationsfest der Kollege Neustedt erschieden war, hatten wir kurz vor Schluß des Jahres noch den Kollegen Ertelenz hier. Beide Kollegen haben lebhaften Beifall gefunden und wir ihren Besungen gefolgt. Wir können daher auch sagen, daß unsere Mitgliederzahl sehr gut zugenommen hat.

Möge nun auch das neue Jahr uns wieder ein Stück weiterbringen. Alle Verbandsgenossen sollten mit Eifer an der Arbeit teilnehmen und in Einigkeit und Treue unsere große Sache fördern helfen. Dann werden sich die Ideale unserer Organisation auch verwirklichen lassen.

Karl Müller, Ortsverbandssekretär.

Ortsverband Schneidnig.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 4 ordentlichen und 2 außerordentlichen, 4 Ausschüß- und 2 kombinierten Ausschüßungen, sowie einer Besprechung. Am Anfang des Jahres wurden unsere Mitglieder durch die Reichstagswahl lebhaft interessiert, zumal da unser Verbandsvorsitzender Goldschmidt im hiesigen Wahlkreis als Kandidat aufgestellt war. Leider gelang es nicht, demselben das Mandat zu erringen. Ein Antrag auf Einführung des Verhältniswahlsystems zum Gewerbegericht wurde auf eine Anfrage des hiesigen Magistrats nochmals wiederholt. Der Bezirkstag in Waldenburg wurde vom Ortsverband durch die Kollegen Barthel und Heinel-Königsfeld besucht. Zum Verbands-tage wurden mehrere Anträge gestellt. Den Verhandlungen auf dem hiesigen Bezirkstage des Vereines der Deutschen Kaufleute wohnte als Vertreter des Ortsverbandes Kollege Barthel bei. Das Verpflegungswesen wurde in der Weise geregelt, daß jeder durchreisende Kollege eine Barunterstützung von 75 Pfg. erhält. An der Stadtverordnetenwahl beteiligte sich der Ortsverband zum ersten Male durch Aufstellung eigener Kandidaten. Trotz Unterstützung durch die bürgerlichen Parteien glückte dieser Versuch noch nicht. Im Laufe des Jahres wurden mehrere beherrschende Vorträge vom Rechtsanwalt Landsberg vor einem kleineren Kreis von Kollegen über: „Bürgerliches Recht“ gehalten. Die Mitgliederzahl hat sich nicht wesentlich geändert. Jeder mußte der Ortsverein der Stahl- und Zentralarbeiter aufgelöst werden. Den Weierentritt in den Ortsverband erklärte der Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Wir hoffen bestimmt, daß das neue Jahr uns recht viele neue Mitglieder bringt und werden in diesem Sinne energisch arbeiten. Dazu ist es aber auch erforderlich, daß jeder einzelne Kollege bestrebt ist, unsere Sache zu fördern, namentlich auch die Verbandsversammlungen fleißig zu besuchen und so persönlich mitzuarbeiten an der Ausdehnung unseres Ortsverbandes.

Bruno Nowak, Schriftführer.

Ortsverband Duedlinburg und Umgegend.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 3 Verbands-sitzungen, 3 kombinierten Sitzungen und 4 Ortsverbandsversammlungen. In der Sitzung vom 31. Januar beschäftigte er sich mit der Erhöhung des ortsbüchlichen Tagelohnes, besserer Einteilung beim Invalidentenempfang und der Einführung des Proportionalwahlsystems beim Gewerbegericht in Duedlinburg. Am 22. Oktober konnte ein Schreiben des Magistrats betr. Genehmigung des Proportionalwahlsystems und ein Antrag des Bürgervereins in Duedlinburg um Unterstützung bei der Stadtverordnetenwahl verlesen werden. Gegenforderung unterzweifelt war, daß bei der nächsten Stadtverordnetenwahl ein Gewerksvereiner aufgestellt wird. Dies wurde vom Bürgerverein und dem Verein der Gemeinbedienten bewilligt. Die kombinierten Sitzungen vom 10. Februar und 3. März beschäftigten sich mit den Mitteln auf dem Gütenweg Ehele und endeten mit einer Eingabe an die Direktion und den Gewerbeinspektor. In der Sitzung am 9. Juni kam das Ortsverbandsfest und die Sozialbeamtenfrage zur Sprache. Ersteres wurde des zweifelhafteu Betters wegen für dieses Jahr aufgeschoben. Für die andere Frage war bei den meisten Ortsvereinen kein Verständnis vorhanden, und so müßten wir uns leider damit vorläufig abfinden. In der Ortsverbandsversammlung vom 20. Januar referierte Kollege Möhring über: Rückblick und Ausblick auf die Gewerksvereinsbewegung und die bevorstehende Reichstagswahl. Hier wurde strikte Neutralität empfohlen. Die am 21. April abgehaltene Versammlung brachte nochmals die Mitteln auf dem Gütenweg Ehele und sonstige Verbandsangelegenheiten zur Sprache. Am 14. Juli hielt Kollege Lange-Hamburg zwei Referate: 1. Der Wert eines Sozialbeamten und 2. der § 23, Absatz 3 des preussischen Einkommensteuergesetzes. Zwei dem Zweck entsprechende Resolutionen wurden angenommen. Die letzte Versammlung brachte uns einen Vortrag des Kollegen Becker-Wagdeburg über: Erweiterter Ortsverband oder Ausbreitungsverband? Es wurde beschlossen, Delegierte zu der am 1. Dezember in Wagdeburg stattfindenden Generalversammlung zu entsenden. Durch Kollegen Möhring wurde die Gründung eines Ortsvereins der Wärter, des ersten in unserem deutschen Vaterlande, vorgenommen. Leider haben wir einen herben Verlust zu beklagen: Kollege Karl Eichler schied diesen Sommer durch den Tod von uns. Alle die ihn kannten, wissen, was er uns war. Bewegungen hatten wir zwei, die der Schneider im Frühjahr und der Eisler im Herbst, beide endeten mit gutem Erfolge. So haben wir getan, was wir tun konnten und werden alles aufbieten, im neuen Jahre ebenso energisch für unsere Sache zu wirken. Hoffmeier, Ortsverbandssekretär.

